

**deora sbou**  
*europa*  
*verrät*  
*die aufklärung.*  
*über die*  
*selbsterstörung*  
*der bürgerlichen*  
*gesellschaft*  
*im neoliberalen*  
*krisenregime*

*In Griechenland und Portugal und im Umgang mit geflüchteten Menschen zeigen sich die Entgrenzung der Kapitalherrschaft und der Niedergang der bürgerlichen Politik in all ihren katastrophalen Auswirkungen. Anstelle der sozialistischen Alternative treibt die bürgerliche Gesellschaft einer neoliberalen Dystopie zu.*

Brandanschläge auf Asylbewerberheime, brutale Überfälle und hemmungslose Attacken gegen Flüchtlinge und deren Unterstützer, Angriffe gegen Politiker und Journalisten; die derzeit größte Gefahr für Aufklärung, Demokratie und Humanismus scheint von einem neuen rechten Terror auszugehen. Entsprechend lautet die stimmige bürgerliche Kritik: Die europäischen Ideale der Aufklärung werden nicht durch eine imaginäre ‚Islamisierung des Abendlandes‘ bedroht, sondern durch die selbsternannten Verteidiger dieses ‚Abendlandes‘. Folglich soll mehr Bildung, mehr Aufklärung und mehr Demokratie gegen die Gefahr von Rechts mobilisiert werden.

Allerdings stellt sich die Frage, ob nicht auch eine solche Verteidigung von

Aufklärung und Humanismus zu kurz greift und letztlich – gegen die eigene Intention – einem schleichenden Verlust von Aufklärung und Humanismus entgegenarbeitet. Dieser Gedanke ist in dem klassisch gewordenen Satz von Max Horkheimer zusammengefasst: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“. Wer nicht sieht, dass die Beschränkung von Aufklärung und Humanismus auf einen kulturellen oder politischen Sonderbereich die sozialen und ökonomischen Bereiche der Gesellschaft von Aufklärung und Humanismus ausschließt, kann sie kaum aufrichtig gegen Rechts verteidigen. Das ist die linke Perspektive auf das Problem: Auch in der bürgerlichen Verteidigung der ‚europäischen Kultur‘ oder der ‚humanistischen Aufklärung‘ gegen ihre rechten Feinde geht die vernünftige und universale Substanz dieser Begriffe verloren. Dagegen gelte es, die bloß ideelle Gültigkeit der bürgerlichen Ideale aufzuheben, indem sie gesellschaftlich erstmals verwirklicht werden.

### **Verrat der Aufklärung in den Machtzentren Europas**

Diese Überlegungen sind nicht neu, sondern haben eine lange Vorgeschichte. Sie stellen sich heute jedoch in neuer Aktualität. Denn anders als das erschreckende Wiedererstarken neuer rechter und neofaschistischer Bewegungen (in Deutschland, aber auch in Großbritannien, Frankreich, Schweden, Dänemark, Italien, Polen und Ungarn) zunächst nahelegt, geht die größte Gefahr für Demokratie, Aufklärung und Humanismus nicht allein von Rechts aus, sondern sie kommt auch aus den

Zentren der politischen und wirtschaftlichen Macht.

Auf den ersten Blick ist das nichts Neues. Denn die Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft hat schon immer gegen die eigenen Ideale verstoßen. Politische Ausgrenzung und ökonomische Ausbeutung sind tief in der Struktur der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verwurzelt und bringen zusätzlich immer wieder harte Ideologien der Menschenfeindlichkeit hervor. Die Ideale der bürgerlich aufgeklärten Gesellschaft sind so in ihrer möglichen Substanz geschwächt und bleiben oftmals leere Floskeln, die höchstens noch als verheißungsvolle Schlagworte in Sonntagsreden eingesetzt werden können.

Trotz all dieser Einschränkungen wurde jedoch die moralische Selbstbeschreibung der europäischen Gesellschaften nie völlig aufgegeben. Der bürgerlich aufklärerische Moral- und Legitimationsdiskurs wurde immer nur teilweise, aber nie als Ganzer infrage gestellt. Im heutigen Europa passiert jedoch genau das: Der ideelle ‚Überbau‘ wird der Entgrenzung des ‚Unterbaus‘ geopfert. Zugunsten der Kapitalinteressen steuert die bürgerliche Politik ihrer Selbstzerstörung entgegen und der bürgerlichen Gesellschaft droht immer stärkere neoliberale Verrohung. **Die Aufklärung wird im Zentrum Europas verraten.** Das zeigt sich aktuell besonders deutlich an den politischen Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in Griechenland und in Portugal. Der Verrat zeigt sich aber auch daran, wie Europa mit geflüchteten Menschen umgeht und von welch autoritären Phantasien die Abschottungs- und Abschreckungsstrategien bisweilen getragen sind.

### **Zum Beispiel Griechenland und Portugal**

Spätestens nach dem zweiten Kreditprogramm war das Scheitern der neoliberalen Sparpolitik in Griechenland offensichtlich: Einbruch der Wirtschaftsleistung, Anstieg der Schulden und breite Verarmung bis weit in die Mittelschicht hinein waren die Folgen. Selbst der Internationale Währungsfonds (IWF) musste das Scheitern der Austeritätspolitik eingestehen. Doch an der Griechenlandpolitik der Euro-Länder änderte das nichts, im Gegenteil: Wieder wurden alte Schulden durch neue Kredite getilgt, die an Bedingungen geknüpft sind, die sich in der ohnehin schon zugespitzten Lage umso fataler auswirkten: Einschnitte bei den Pensionen, von denen aufgrund fehlender Sozialhilfe bisweilen ganze Familien leben müssen, zudem Preissteigerungen durch die Reform der Mehrwertsteuer. Die neuen Kredite wurden mit politischer Entmachtung und ökonomischer Enteignung des griechischen Staates bezahlt: Bevor sich das griechische Parlament mit Gesetzesentwürfen in relevanten Bereichen befassen darf, müssen diese Entwürfe mit den ‚Institutionen‘ abgestimmt werden. Hinzu kommt ein massiver Ausverkauf des griechischen Staatsvermögens und der Infrastruktur. Durch einen Treuhandfond wird die Privatisierung von Hotels, Inseln, Flug- und Seehäfen, Wasserwerken, Bahnunternehmen, Telekommunikation und Strom organisiert. Die wirtschaftliche Situation Griechenlands hat sich seitdem noch weiter verschlechtert und das Leid der Menschen nimmt immer weiter zu.

Diese großangelegten neoliberalen

len Verarmungs- und Verelendungsprogramme wurden politisch durch die postdemokratische Herrschaft von Troika und Exekutive abgesichert, der demokratische Parlamente kaum mehr etwas entgegensetzen können. Das gegenwärtige Europa ist zu einem Technokraten-Apparat geschrumpft, der Politik aufs Administrieren reduziert und so angeblich alternativlose Entscheidungen an der politischen Debatte vorbei lenkt. Demokratie wird auf eine Formalität reduziert, damit die Kapitalinteressen freies Spiel haben.

In Portugal wurde diese Abschaffung der Demokratie zugunsten der Kapitalherrschaft ganz offen vollzogen. Nach vier Jahren harter Sparpolitik gemäß den Vorgaben der Troika gleicht die Lage strukturell der in Griechenland: Massive Steuerbelastung für Arbeitnehmer, Anstieg der Staatsverschuldung, hunderttausende Menschen sind wegen fehlenden Jobaussichten zur Auswanderung gezwungen, Verarmung von alten Menschen und eine Überlastung der staatlichen Krankenhäuser, die mit steigenden Todeszahlen in den Notaufnahmen einhergeht: „Austerität tötet“, das gilt auch für Portugal. Als Reaktion auf diese Verwerfungen hielten die linken Oppositionsparteien nach der Parlamentswahl Anfang Oktober 2015 eine regierungsfähige Mehrheit. Der Präsident Aníbal Cavaco Silva weigerte sich jedoch, der demokratisch legitimierten linken Mehrheit den Auftrag zur Regierungsbildung zu geben. Stattdessen ernannte er eine – mittlerweile gestürzte – konservative Minderheitenregierung mit dem Verweis, dass eine Linksregierung „falsche Signale an die Finanzinstitutionen, Investoren und die Märkte“ senden

würde. Die Demokratie ist nach solchen Worten eigentlich nichts mehr wert.

Griechenland und Portugal sind Musterbeispiele für einen offenen Angriff der Herrschenden auf die klassischen Grundelemente der bürgerlichen Demokratie und Gesellschaft. Bisher hat sich die bürgerliche Gesellschaft wenigstens ideell auf die Aufklärung berufen und bestimmte Ideale gegenüber einer ihnen entgegengesetzten Wirklichkeit festgehalten. Damit wurde auch die rudimentäre Kontrolle des Marktes durch den Staat begründet. Diese ideellen und staatlichen Begrenzungen der kapitalistischen Wirtschaft werden nun immer stärker abgebaut. Das ist nicht nur ein neuer Schritt in der dialektischen Entwicklung der Aufklärung, sondern auch eine neue Phase des Kapitalismus. Der Kapitalismus war immer an Instanzen gebunden, die ihn beschränkten und dadurch stabilisierten. Naheliegende Beispiele sind etwa die staatliche Garantie eines funktionierenden Rechtssystems oder der Unterhalt einer stabilen Infrastruktur. Dazu gehören aber auch nicht-instrumentelle kommunikative Sozialbeziehungen, Vertrauen und Solidarität als Grundlagen einer funktionierenden Gesellschaftsordnung. Schon Rosa Luxemburg wusste, dass der Kapitalismus stets auf Grundlagen beruht, die ihn ermöglichten, die ihm aber als diese Ermöglichungsbedingungen immer auch entzogen sind. Der Kapitalismus hat immer Nutzen daraus gezogen, dass es gesellschaftliche Bereiche gab, die nicht nach der Profit- und Verwertungslogik ausgerichtet waren. **Eben diese nichtkapitalistischen Logiken, die bislang zur Kernstruktur der bürgerlichen Gesellschaft dazugehörten,**

**werden in der heutigen Zeit aus den Machtzentren dieser Gesellschaft angegriffen.** Damit zeichnet sich eine unheilvolle neoliberale Dystopie ab, nämlich die komplette Reduktion der Gesellschaft auf den Markt.

### **Zum Beispiel ‚Flüchtlingskrise‘**

Dieser Verrat an der Aufklärung zeigt sich auch im Umgang mit geflüchteten Menschen. Gerade wenn es ernst wird und sich die vielbeschworene europäische humanistische Moral wirklich einmal bewähren müsste, wird sie ohne Wimpernzucken aufgegeben. Der angebliche moralische Überschuss liberaler Gesellschaften währt solange, wie er nichts kostet. Europäische Werte werden gerne angerufen, um der Union für den Waren- und Geldverkehr ein bisschen metaphysischen Glanz zu verleihen. Wo jedoch eine wirklich humanistische Solidarunion gefragt wäre, versagt das merkantile Europa: Es ist beunruhigend, mit welcher Geschwindigkeit und Skrupellosigkeit nationalstaatliche Machtpolitik sich offen von den moralischen Pflichten entbindet, die sie wenigstens dem Anspruch nach einmal vertreten hat.

Traiskirchen in Österreich ist ebenso zum Bild für dieses Elend geworden, wie ein völlig verwaorlostes und sich selbst überlassenes Flüchtlingscamp im französischen Calais. In der Erstregistrierungsstelle in Berlin gab es zahlreiche Fehlgeburten, die den katastrophalen Umständen vor Ort geschuldet waren. In Slowenien besteht ein Flüchtlingscamp aus einem nackten Feld mit Absperrgittern, ohne jede Überdachung, ohne Decken, ohne Verpflegung. Ähnlich

schlimm ist das erste EU-Hotspot-Lager auf Lesbos. Dort mangelt es ebenfalls an regulärer Verpflegung. Darüberhinaus gibt es keinen Zugang zu Toiletten und Waschmöglichkeiten. Es fehlt an ärztlicher Versorgung und Medizin. Die kaum ausreichende Grundversorgung wird allein durch freiwillige Helfer aus der Zivilgesellschaft organisiert. Oft müssen die Menschen tagelang unter freiem Himmel in durchnässten Kleidern auf ihre Erstregistrierung warten und sind immer wieder brutaler Polizeigewalt ausgesetzt. Deutschland hat die Reste des Asylrechtes noch stärker geschleift und paktiert mit dem hochautoritären Regime in der Türkei, um von dort die Grenzen Europas abzusichern. Die Bundesregierung plant mit „Einreisezentren“ Massensernierungen an der bundesdeutschen Grenze und hat den Familiennachzug für geflüchtete Syrer ausgesetzt. Wolfgang Schäuble bezeichnet geflüchtete Menschen als „Lawine“, die österreichische Innenministerin spricht offen davon, man müsse eine Festung Europa errichten und Horst Seehofer spielt mit dem Gedanken einer politischen „Notwehr“, also der Abwehr eines Angriffes. Mit solcher Rhetorik sucht die politische ‚Elite‘ bewusst die Nähe zu Forderungen des rechten ‚Mobs‘ und nähert sich dessen Wortführern an: Ein Europaparlamentarier der AfD empfahl notfalls Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge. Auch einige Journalisten, nicht nur von *Bild* und *Welt*, haben mittlerweile im von ihnen mitinszenierten Ausnahmezustand ihre Lust an der an Carl Schmitt orientierten Notstandsrhetorik und die Sehnsucht nach dem Souverän entdeckt. In solchem ‚Bündnis von Mob und Elite‘ wird geistig eine autoritäre Krisen-



lösung vorbereitet.

Diese kurz skizzierten Entwicklungen, die totale Entgrenzung des Marktes und die Phantasien einer totalen Entfesselung staatlicher Macht, verstärken einander: Der Verlust essentieller Bestandteile einer funktionierenden Gesellschaft an die Kapitalherrschaft geht problemlos mit einem autoritären Ordnungs- und Sicherheitsbedürfnis einher. Diese autoritären Sehnsüchte sind ihrerseits oftmals mit einem meritokratisch-sozialdarwinistischen Menschenbild verbunden, dem zufolge sich jeder Mensch im Wettkampf gegen andere behaupten muss und das sich so zur Losung der totalen Marktgesellschaft eignet.

### **Sozialismus oder Barbarei**

Die Frontstellungen beginnen sich zu verschieben: Was früher einmal ‚Volksfront gegen Rechts‘ genannt wurde, also das Bündnis der Sozialisten und Kommunisten mit bürgerlichen Parteien gegen die Faschisten, und auch heute noch auf vielen Demonstrationen gegen Neo-Nazis durchaus gute Praxis ist, wird durch die aktuelle Entwicklung des Kapitalismus gänzlich fragwürdig: Wenn die von unten erkämpften Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft nicht nur von Rechts, sondern auch aus den Machtzentren der bürgerlichen Gesellschaft attackiert werden, gilt es umso mehr für eine Doppelperspektive der Kritik einzutreten. Der bürgerliche Moraldiskurs, der auch das Selbstverständnis vieler Helfer und Unterstützer der geflüchteten Menschen speist, wird als Reservoir eines praktischen Humanismus ‚von unten‘ nämlich immer prekär-

rer, je stärker sich die bürgerliche Politik auf neoliberale Administration verkürzt. Erst recht, wenn er – wie das zurzeit in der Flüchtlingsdebatte oft der Fall ist – das Ausbleiben der politischen und materiellen Veränderungen überblenden und ersetzen soll. Wenn aber diese Veränderungen – vorerst etwa massiver öffentlicher Wohnungsbau, Umverteilung von oben nach unten, Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Geflüchtete – ausbleiben und die Regierung weiterhin auf neoliberale Sparpolitik setzt, dann wird die ‚schwarze Null‘ ziemlich sicher bald mit Verteilungskämpfen auf den untersten sozialen Ebenen erkauft.

**Die Flüchtlingsdebatte kann daher nicht isoliert von einer Kritik am neoliberalen Austeritätseuropa geführt werden.** Der moralische Diskurs darf nicht die ohnmächtige Privathaltung des postpolitischen Individuums bleiben, sondern er muss sich in politischen Programmen fundieren und entsprechend auf materielle Veränderung hinarbeiten. Denn nur so ist er vor der Gefahr eines bürgerlich-liberalen Idealismus gefeit, der sich irgendwann enttäuscht über die eigene Unzulänglichkeit zugunsten einer schlechten Wirklichkeit auflöst, anstatt auf die Auflösung der schlechten Wirklichkeit hinzuarbeiten. Nur eine Politisierung des moralischen Diskurses kann seinen Sinn einlösen, nämlich die nicht-diskursive Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse: **Sozialismus statt Barbarei!**